

# Bundesgesetzblatt

153

## Teil II

1951	Ausgegeben zu Bonn am 14. August 1951	Nr. 12
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
30. 7. 51	<b>Gesetz über den vorläufigen Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 19. Dezember 1950 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island</b> . . . . .	153
3. 8. 51	Dritte Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz (Grenze der Seefahrt; Anbringung der Schiffsnamen) . . . . .	155
2. 8. 51	Verordnung über die Zollabfertigung des Schiffsbedarfs in der Binnenschifffahrt . . . . .	155
2. 8. 51	Verordnung über die Ermäßigung der Eingangsabgaben für Gasöl in der Rheinschifffahrt . . . . .	159
6. 8. 51	Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen (nachrichtlicher Abdruck) . . . . .	159
9. 7. 51	Bekanntmachung über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Londoner Abkommen betreffend Reiseausweise für Flüchtlinge . . . . .	160

### **Gesetz über den vorläufigen Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 19. Dezember 1950 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island.**

Vom 30. Juli 1951.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel I**

Dem in Frankfurt am Main am 19. Dezember 1950 unterzeichneten vorläufigen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island wird zugestimmt.

#### **Artikel II**

Der Vertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

#### **Artikel III**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.  
Bonn, den 30. Juli 1951.

**Der Bundespräsident**  
Theodor Heuss

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers**  
Blücher

**Der Bundesminister für Wirtschaft**  
Ludwig Erhard

### **Vorläufiger Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island.**

Von dem Wunsche geleitet, soweit wie möglich den Handel und die Schifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island zu entwickeln, haben die Regierungen der beiden Länder folgendes Übereinkommen getroffen:

#### **Artikel 1**

Die Vertragschließenden Teile werden sich bemühen, normale Geschäftsbeziehungen herzustellen und den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen ihnen zu fördern.

#### **Artikel 2**

Jeder der Vertragschließenden Teile wird dem anderen Meistbegünstigung gewähren. Alle Vorteile, Vergünstigungen oder Befreiungen, die von einem Vertragsteil für ein Erzeugnis gewährt werden, das aus irgend einem anderen Lande eingeführt oder nach irgend einem anderen Lande ausgeführt wird, werden auf jedes gleichartige Erzeugnis ausgedehnt, das aus dem Gebiet des anderen Vertragsteiles eingeführt oder dorthin ausgeführt wird. Dies bezieht sich auch auf Zölle, Steuern und andere Abgaben jeder Art, die anlässlich der Ein- oder Ausfuhr erhoben werden.

Schiffe, die die Flagge eines der beiden Vertragschließenden Teile führen, werden in den Häfen des anderen Vertragschließenden Teiles in Bezug auf Steuern, Abgaben, Gebühren und andere Dienstleistungen die gleiche Behandlung erfahren, wie sie den Schiffen irgendeines anderen Landes gewährt werden.

#### **Artikel 3**

Um die Entwicklung des Handels und der Schifffahrt zwischen beiden Ländern zu überprüfen, werden die Vertreter der beiden Regierungen in regelmäßigen Abständen zusammenkommen.

#### **Artikel 4**

Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung durch die bevollmächtigten Vertreter der beiden Regierungen in Kraft. Es hat eine Laufzeit bis zum 31. März 1951 und wird dann automatisch jedes Mal um 1 Jahr verlängert werden, wenn es nicht 3 Monate vorher von einem der beiden Vertragsteile gekündigt worden ist. Wird eine solche Kündigung nicht ausgesprochen, so werden die in diesem Artikel genannten Vertreter sobald wie möglich zusammenkommen, um die weitere Durchführung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu vereinbaren.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in Frankfurt am Main am 19. Dezember 1950

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland  
gezeichnet:  
v. Maltzan

Für die Regierung der  
Republik Island  
gezeichnet:  
Vilhj. Finson

**Dritte Durchführungsverordnung  
zum Flaggenrechtsgesetz  
(Grenze der Seefahrt;  
Anbringung der Schiffsnamen).**

Vom 3. August 1951.

Auf Grund von § 22 Abs. 1 Nr. 1 des Flaggenrechtsgesetzes vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79) wird verordnet:

§ 1

(1) Seefahrt im Sinne des Flaggenrechtsgesetzes ist die Schifffahrt seewärts der in den Absätzen 2 und 3 festgelegten Grenze.

(2) Die Grenze der Seefahrt verläuft

1. bei der Emsmündung auf der Verbindungslinie zwischen den Leuchttürmen Delfzyl und Knock,
2. bei der Jade auf der Verbindungslinie zwischen dem Oberfeuer Schillighörn und dem Kirchturm Langwarden,
3. bei der Wesermündung auf der Verbindungslinie zwischen den Kirchtürmen Langwarden und Kappel,
4. bei der Elbmündung auf der Verbindungslinie von der Kugelbake bei Döse zur nordwestlichen Spitze des Hohen Ufers (Dieksand),
5. bei der Meldorfer Bucht auf der Verbindungslinie von der nordwestlichen Spitze des Hohen Ufers (Dieksand) zum Westmolenkopf Büsum,
6. bei der Eidermündung auf dem durch Kating Kirche gelegten Längengrad,
7. bei der Flensburger Förde auf der Verbindungslinie zwischen dem Kekenis-Leuchtturm und Birknack,
8. bei der Schleimündung auf einer Linie über die Molenköpfe Schleimünde,

9. bei der Eckernförder Bucht auf der Verbindungslinie von Boknis-Eck zur Nordostspitze des Festlandes bei Dänisch-Nienhof,
10. bei der Kieler Förde auf der Verbindungslinie zwischen dem Leuchtturm Bülk und dem Marine-Ehrenmal Laboe,
11. bei der Trave auf der Verbindungslinie der beiden äußeren Molenköpfe bei Travemünde.

(3) Im übrigen wird die Grenze der Seefahrt durch die Festland- und Inselküste bei mittlerem Hochwasser, bei an der Küste gelegenen Häfen durch die Verbindungslinie der Molenköpfe und bei den im Absatz 2 nicht aufgeführten Flußmündungen durch die Verbindungslinien der äußeren Uferausläufe bestimmt.

§ 2

Die nach § 9 des Flaggenrechtsgesetzes von Schiffen zu führenden Namen sind in lateinischer Druckschrift von solcher Größe deutlich erkennbar anzubringen, daß

1. die Höhe der kleinsten Buchstaben mindestens 10 cm,
2. die Breite der die Buchstaben bildenden Grundstriche mindestens  $\frac{1}{3}$  der Höhe der Buchstaben beträgt.

§ 3

Die Bekanntmachung vom 10. November 1899, betreffend Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggengesetzes vom 22. Juni 1899 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 380) wird aufgehoben, soweit sie nicht bereits außer Kraft getreten ist.

Bonn, den 3. August 1951.

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeborn

**Verordnung  
über die Zollabfertigung des Schiffsbedarfs  
in der Binnenschifffahrt.**

Vom 2. August 1951.

Auf Grund der §§ 16 und 69 Abs. 1 Ziff. 26 und 38 des Zollgesetzes vom 20. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 529) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird verordnet:

I.

**Allgemeine Bestimmungen.**

§ 1

(1) Der Schiffsführer eines Schiffes, das auf Binnenwasserstraßen nicht seewärts über die Zollgrenze in das Zollgebiet eingeht, hat der Grenzzollstelle binnen 24 Stunden nach der Ankunft am Zolllandungsplatz den Schiffsbedarf durch Übergabe

einer Schiffsbedarfsliste nach vorgeschriebenem Muster in 2 Stücken anzumelden.

(2) Schiffsbedarf (§ 69 Abs. 1 Ziff. 26 des Zollgesetzes) sind die Mundvorräte und Schiffsvorräte, die sich im Besitz des Schiffsführers oder der von ihm oder vom Schiffseigner bestimmten Person befinden. Mundvorräte sind die zur Verpflegung der Schiffsbesatzung und der Fahrgäste bestimmten Vorräte einschließlich lebender Schlachttiere. Schiffsvorräte sind die zum Betrieb oder zur Unterhaltung des Schiffes bestimmten Vorräte mit Ausnahme der Schiffsausrüstungsstücke und der Schiffeinrichtungsstücke. Lebens- und Genußmittel, die in Kantine oder dergleichen an die Schiffsbesatzung oder die Fahrgäste verkauft werden, und Lebens- und Genußmittel, die sich im Besitz der einzelnen Mitglieder der Schiffsbesatzung oder der Fahrgäste befinden, sind auch dann nicht Schiffsbedarf, wenn Schiffsbesatzung oder Fahrgäste sich selbst verpflegen müssen.

(3) Für Schiffsausrüstungsstücke und Schiffseinrichtungsstücke sind die Begriffsbestimmungen der Durchführungsbestimmungen zum Zolltarif maßgebend.

### § 2

(1) Bei der Überholung des Schiffes fertigt die Grenzzollstelle den Schiffsbedarf ab. Sie ermittelt die Menge des Schiffsbedarfs in der Regel durch Schätzen.

(2) Für die Zollabfertigung des Mineralöls zum Antrieb der Schiffsmotoren und zum Heizen der Schiffskessel sowie des Mineralöls und Mineral-schmierfetts zum Schmieren der Schiffsmaschinen gelten die besonderen Bestimmungen des Abschnitts II.

### § 3

(1) Die Grenzzollstelle läßt den Schiffsbedarf, der nach den bestehenden Vorschriften abgabefrei verbraucht oder verwendet werden darf, auf Antrag des Schiffsführers unter Zollsicherung abgabefrei. Sie kann die Abfertigung zum Zollsicherungsverkehr auf einen Teil dieser Menge beschränken, wenn es zur Verhütung von Mißbräuchen erforderlich erscheint. Die Oberfinanzdirektion kann für Waren, die in besonderem Maße Gegenstand des Schmuggels sind, Höchstmengen festsetzen.

(2) Die Zollsicherung besteht in der Verpflichtung des Schiffsführers, den Schiffsbedarf

1. nur an Bord gemäß den bestehenden Vorschriften zu verbrauchen oder zu verwenden,
2. bei einer Zollstelle wiederzugestellt, wenn er von Bord gebracht oder an Bord zu Zwecken verbraucht oder verwendet werden soll, für die Abgabefreiheit nicht vorgesehen ist.

(3) Die Grenzzollstelle vermerkt die Mengen des Schiffsbedarfs, die zum Zollsicherungsverkehr abgefertigt werden, in der Schiffsbedarfsliste.

(4) Auf den Zollsicherungsverkehr sind die §§ 101 bis 110 der Zollvormerk-Ordnung nicht anzuwenden.

### § 4

Reicht die von der Grenzzollstelle zum Zollsicherungsverkehr abgefertigte Menge des Schiffsbedarfs nicht aus, so kann der Schiffsführer bei einer anderen Zollstelle im Rahmen der bestehenden Vorschriften die Abfertigung von weiteren Mengen des eingebrachten Schiffsbedarfs unter Zollsicherung beantragen. Die Zollstelle vermerkt die Abfertigung in der Schiffsbedarfsliste.

### § 5

Übersteigt der Schiffsbedarf die Mengen, die zum Zollsicherungsverkehr abgefertigt werden können, so ist der überschüssige Teil entsprechend dem Antrag des Schiffsführers entweder zum freien Verkehr oder zu einem anderen Zollverkehr abzufertigen.

### § 6

(1) Der überschießende Teil des Schiffsbedarfs kann im vereinfachten Zollanweisungsverfahren an eine beliebige Grenz- oder Binnenzollstelle angewiesen werden.

(2) Der im vereinfachten Zollanweisungsverfahren abgefertigte Schiffsbedarf wird in der Schiffsbedarfsliste vermerkt und durch Zollverschluß gesichert.

### § 7

Die Grenzzollstelle fertigt auf Antrag des Schiffsführers den Schiffsbedarf ohne Abgabenerhebung zum freien Verkehr ab, soweit der Schiffsführer nachweist, daß er ihn als Freigut aus dem Zollgebiet ausgeführt hat und daß dafür bei der Ausfuhr Abgaben nicht vergütet oder erlassen oder Ausfuhrvergünstigungen nach dem Gesetz über das Branntweinmonopol nicht gewährt worden sind.

### § 8

Die Grenzzollstelle trägt die Schiffsbedarfsliste in das Ausfertigungsbuch für Schiffsbedarfslisten ein und versieht beide Stücke der Schiffsbedarfsliste mit der Nummer der Eintragung. Das Erststück erhält der Schiffsführer nach der Abfertigung des Schiffsbedarfs zurück. Das Zweitstück bleibt bei der Grenzzollstelle.

### § 9

(1) Der Schiffsführer hat das Erststück der Schiffsbedarfsliste aufzubewahren und der Grenzzollstelle beim Grenzausgang des Schiffes vorzulegen. Der unter Zollsicherung abgefertigte Schiffsbedarf, der noch vorhanden ist, und der im vereinfachten Zollanweisungsverfahren abgefertigte Schiffsbedarf ist dabei wiederzugestellt.

(2) Die Grenzzollstelle überzeugt sich davon, daß der unter Zollsicherung abgefertigte Schiffsbedarf nicht vorschriftswidrig verwendet und der im vereinfachten Zollanweisungsverfahren abgefertigte Schiffsbedarf nicht vorschriftswidrig verändert worden ist. Ergibt die Prüfung keine Beanstandung, so erledigt die Grenzzollstelle die Schiffsbedarfsliste nach dem Ausgang des Schiffes.

### § 10

Geht das Schiff nicht innerhalb eines Monats wieder über die Zollgrenze aus, so ist die Schiffsbedarfsliste spätestens bei Ablauf dieser Frist der nächsten erreichbaren Zollstelle vorzulegen. Die Zollstelle kann auf Antrag des Schiffsführers entweder

1. die Vorlagefrist um höchstens einen Monat verlängern oder
2. den noch vorhandenen Schiffsbedarf zum freien Verkehr oder zu einem anderen Zollverkehr abfertigen. In diesem Falle ist die Schiffsbedarfsliste zu erledigen, wenn sich bei der Prüfung keine Beanstandungen ergeben.

### § 11

(1) Die Schiffsbedarfsliste wird von der Zollstelle, der sie gemäß § 9 oder 10 vorgelegt ist, in das Empfangsbuch für Schiffsbedarfslisten eingetragen.

(2) Über die erledigten Schiffsbedarfslisten stellt die Zollstelle Erledigungsscheine nach Muster K der Zollanweisungsordnung aus und übersendet sie der Ausfertigungszollstelle. Im Verkehr zwischen bestimmten Zollstellen kann von den beteiligten Oberfinanzdirektionen statt der Ausstellung und Übersendung der Erledigungsscheine ein vereinfachtes Verfahren zugelassen werden.

(3) Die Zollstelle, die gemäß § 10 Ziff. 1 die Vorlagefrist einer Schiffsbedarfsliste verlängert hat, teilt die Verlängerung der Ausfertigungszollstelle mit.

## II.

### **Besondere Bestimmungen für die Zollabfertigung des Mineralöls zum Antrieb der Schiffsmotoren und zum Heizen der Schiffskessel sowie des Mineralöls und Mineralschmierfetts zum Schmieren der Schiffsmaschinen (Betriebsstoffe).**

#### **1 Zollabfertigung des aus dem Zollaussland eingebrachten Mineralöls und Mineralschmierfetts.**

##### § 12

Will der Schiffsführer das aus dem Zollaussland als Betriebsstoff eingebrachte Mineralöl und Mineralschmierfett im Zollgebiet für den Betrieb des Schiffes im Rahmen der bestehenden Vorschriften abgabefrei verwenden, so hat er der Grenzzollstelle zugleich mit der Schiffsbedarfsliste einen Überweisungsschein nach vorgeschriebenem Muster in zwei Stücken zu übergeben.

##### § 13

Die Grenzzollstelle ermittelt das Eigengewicht von Mineralöl in Tanks durch Feststellung der Standhöhe und Umrechnung der so ermittelten Raummengen in Gewichtsmengen auf Grund festgestellter Durchschnittsdichten, im übrigen durch Schätzen.

##### § 14

(1) Die Grenzzollstelle fertigt, soweit der Schiffsführer nichts anderes beantragt, das gesamte als Betriebsstoff eingebrachte Mineralöl und Mineralschmierfett zum Zollsicherungsverkehr ab, auch wenn voraussichtlich nur ein Teil dieser Betriebsstoffe gemäß den bestehenden Vorschriften abgabefrei für den Betrieb des Schiffes verbraucht werden kann.

(2) Die Zollsicherung besteht in der Verpflichtung des Schiffsführers,

1. die aus dem Zollaussland eingebrachten und im Zollgebiet zugebunkerten Betriebsstoffe, die ohne Erhebung der vollen Abgaben an Bord belassen werden,
  - a) nur an Bord für den Betrieb des Schiffes zu verwenden,
  - b) bei einer Zollstelle wiederzugestellt, wenn sie von Bord gebracht oder an Bord zu anderen Zwecken verwendet werden sollen,

2. über den Verbrauch von Betriebsstoffen im Zollgebiet die vorgeschriebenen Anschreibungen zu führen,

3. die Menge der im Zollgebiet zugebunkerten Betriebsstoffe im Überweisungsschein vermerken zu lassen.

(3) Die Mengen der eingebrachten Betriebsstoffe, die zum Zollsicherungsverkehr abgefertigt werden, werden von der Grenzzollstelle im Überweisungsschein vermerkt.

(4) Sicherheitsleistung für die Eingangsabgaben ist nur in Verdachtsfällen zu fordern.

(5) Die Vorschriften der §§ 101 bis 110 der Zollvormerk-Ordnung und der Mineralöl-Zollordnung sind auf diesen Zollsicherungsverkehr nicht anzuwenden.

##### § 15

Die Grenzzollstelle vermerkt die Ausstellung des Überweisungsscheins im Ausfertigungsbuch für Schiffsbedarfslisten bei der Eintragung der zugehörigen Schiffsbedarfsliste und versieht beide Stücke des Überweisungsscheins mit deren Nummer. Das Erststück erhält der Schiffsführer zurück. Das Zweitstück verbleibt bei der Grenzzollstelle.

##### § 16

Der Schiffsführer hat das Erststück des Überweisungsscheins bei jeder Zubunkerung von Mineralöl der in Betracht kommenden Lagerzollstelle oder Bunkerstelle zur Eintragung der zugebunkerten Mengen im Überweisungsschein vorzulegen.

##### § 17

Über den Betriebsstoffverbrauch im Zollgebiet hat der Schiffsführer ein Betriebsbuch nach vorgeschriebenem Muster zu führen. Ergeben sich die darin geforderten Angaben mit genügender Deutlichkeit aus anderen Anschreibungen des Schiffsführers, so ist die Führung des Betriebsbuchs daneben nicht erforderlich.

##### § 18

(1) Der Schiffsführer hat das Erststück des Überweisungsscheins der gemäß den §§ 9 und 10 in Betracht kommenden Zollstelle zugleich mit dem Erststück der Schiffsbedarfsliste und dem aufgerechneten Betriebsbuch vorzulegen und das noch vorhandene Mineralöl und Mineralschmierfett wiederzugustellen.

(2) Die Zollstelle ermittelt den noch vorhandenen Bestand an Mineralöl und Mineralschmierfett gemäß § 13 und errechnet die Mengen des eingebrachten Mineralöls und Mineralschmierfetts, für die nach den bestehenden Vorschriften die vollen oder ermäßigten Abgaben zu entrichten sind.

##### § 19

Der Überweisungsschein wird von der Zollstelle im Empfangsbuch für Schiffsbedarfslisten zugleich

mit der zugehörigen Schiffsbedarfsliste eingetragen. Die erledigten Überweisungsscheine sind in den Erledigungsscheinen für die zugehörigen Schiffsbedarfslisten zu vermerken.

Zollbehandlung des im Zollgebiet aus dem Zollverkehr zugebunkerten, nicht zum freien Verkehr abgefertigten Mineralöls und Mineralschmierfetts.

#### § 20

Schiffe, die spätestens binnen einer Woche in das Zollausland fahren, können das Mineralöl und Mineralschmierfett, das sie zum Betrieb des Schiffes im Zollausland verwenden wollen, aus Zollagern ohne Entrichtung der Abgaben bunkern. Dieses Mineralöl und Mineralschmierfett wird,

1. wenn sich seine Nämlichkeit sichern läßt, im Zollanweisungsverfahren gemäß den allgemeinen Vorschriften abgefertigt;
2. wenn sich seine Nämlichkeit nicht sichern läßt (z. B. wegen Fehlens von getrenntem Tankraum) und der Schiffsführer über einen Überweisungsschein verfügt, dessen Vorlagefrist nicht abgelaufen ist, zum Zollvormerkverkehr gemäß den folgenden Vorschriften abgefertigt.

Die Lagerzollstelle vermerkt in der Zollurkunde (Lagerabmeldung) den Namen des Schiffes sowie die Ausstellungsbehörde und die Nummer des vorgelegten Überweisungsscheins und im Überweisungsschein die Menge des zugebunkerten Mineralöls und Mineralschmierfetts unter Angabe der Buchungsnummer der Zollurkunde. Das Erststück der Zollurkunde wird Beleg zum Überweisungsschein.

Die Grenzausgangsstelle ermittelt bei der Abrechnung, wieviel von dem im Zollgebiet verbrauchten Mineralöl und Mineralschmierfett rechnermäßig auf die zugebunkerte Menge entfällt. Für die ermittelte Menge sind die Abgaben zu entrichten. Soweit nach den bestehenden Vorschriften für ordnungsmäßig zum Betrieb des Schiffes verbrauchtes Mineralöl eine Abgabenermäßigung oder -befreiung vorgesehen ist, ist der ermäßigte Abgabebetrag zu entrichten oder von der Abgabenerhebung abzusehen.

#### § 21

(1) Der Schiffsführer eines Schiffes, das aus dem Zollausland eingegangen ist und dessen Vorräte

an Mineralöl gemäß § 14 auf Überweisungsschein abgefertigt worden sind, kann, soweit nach den bestehenden Vorschriften für Mineralöl zum Betrieb dieses Schiffes eine Abgabenermäßigung oder -befreiung vorgesehen ist, bei den zuständigen Lagerzollstellen unter Vorlage des Überweisungsscheins die Abfertigung von Mineralöl zum Zollsicherungsverkehr beantragen. Die nach den ermäßigten Sätzen entstandene Abgabenschuld ist bei der Lagerzollstelle zu entrichten.

(2) Die Lagerzollstelle vermerkt in der Zollurkunde (Lagerabmeldung) den Namen des Schiffes sowie die Ausstellungsbehörde und die Nummer des vorgelegten Überweisungsscheins und im Überweisungsschein die Menge des abgefertigten Mineralöls unter Angabe der Buchungsnummer der Zollurkunde. Das Erststück der Zollurkunde wird Beleg zum Überweisungsschein.

(3) Die Vorschriften der §§ 101 bis 110 der Zollvormerk-Ordnung und der Mineralöl-Zollordnung sind auf diesen Zollsicherungsverkehr nicht anzuwenden.

#### § 22

(1) Verläßt ein Schiff, für dessen Betrieb nach den bestehenden Vorschriften Mineralöl zum ermäßigten Abgabensatz oder abgabefrei verbraucht werden kann, in der Regel nicht das Zollgebiet, so kann das Hauptzollamt dem Schiffseigner auf Antrag einen Erlaubnisschein zum Bezug von abgabebegünstigtem Mineralöl für den Betrieb des Schiffes aus Zollagern erteilen. Örtlich zuständig ist das Hauptzollamt, in dessen Bezirk das Schiff den Mittelpunkt seines Betriebes hat.

(2) Die Gültigkeitsdauer des Erlaubnisscheins wird auf ein Kalenderjahr bemessen.

(3) Von einer Sicherheitsleistung ist abzusehen.

(4) Der Schiffseigner hat, wenn er das Schiff nicht selbst führt, den jeweiligen Schiffsführer als Betriebsleiter gemäß § 190 der Reichsabgabenordnung zu bestellen.

(5) Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 101 bis 110 der Zollvormerk-Ordnung Anwendung.

### III.

#### Inkrafttreten.

#### § 23

Diese Verordnung tritt am 1. September 1951 in Kraft.

Bonn den 2. August 1951.

Der Bundesminister der Finanzen

In Vertretung  
Hartmann

**Verordnung  
über die Ermäßigung der Eingangsabgaben  
für Gasöl in der Rheinschifffahrt.**

Vom 2. August 1951.

Auf Grund von § 2 Abs. 3 des Gesetzes zur Aufhebung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete der Mineralölwirtschaft vom 31. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 371) wird verordnet:

§ 1

Für Gasöl, das in der gewerblichen Güterschifffahrt auf dem Rhein an Bord eines ausländischen oder deutschen Schiffes aus dem Zollaussland in das Zollgebiet eingebracht und für den Betrieb dieses Schiffes unter Zollsicherung ordnungsmäßig verwendet wird, werden die Eingangsabgaben (Zoll, Mineralölsteuer, Umsatzausgleichsteuer) auf zehn Deutsche Mark je Doppelzentner des Eigengewichts ermäßigt.

Das gleiche gilt für Gasöl, das in der gewerblichen Güterschifffahrt auf dem Rhein von einem

ausländischen Schiff aus Zollagern im Zollgebiet gebunkert und für den Betrieb dieses Schiffes unter Zollsicherung ordnungsmäßig verwendet wird.

Zur gewerblichen Güterschifffahrt rechnen auch Tank- und Hafenschiffe, jedoch nicht Fähren.

§ 2

Die Bewilligung eines Zollsicherungsverkehrs gemäß § 1 kann versagt werden, wenn der Eigentümer oder der Führer des Schiffes, auf dem das Gasöl verwendet werden soll, sich nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eines Verstoßes gegen die Vorschriften des Zollrechts, des Ein- und Ausfuhrrechts oder des Devisenrechts schuldig gemacht haben und deswegen rechtskräftig bestraft worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. September 1951 in Kraft.

Bonn, den 2. August 1951.

Der Bundesminister der Finanzen  
In Vertretung  
Hartmann

***Nachrichtlicher Abdruck aus Teil I***

(amtliche Zitierweise: Bundesgesetzbl. I S. 497):

**Zweite Durchführungsverordnung  
zum Gesetz über Darlehen zum Bau und  
Erwerb von Handelsschiffen.**

Vom 6. August 1951.

Auf Grund des § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen vom 27. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 684) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Der Bundesminister für Verkehr kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen in den Fällen des § 2 Abs. 1 und des § 4 des Gesetzes Wiederaufbaudarlehen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zusagen und darauf Auszahlungen leisten, soweit Neubau-, Anschaffungs- oder In-

standsetzungskosten eines Schiffes in einem Plan für das Rechnungsjahr 1951 aufgeführt sind, der nach Anhörung des Beirats (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes) aufgestellt ist.

§ 2

Die Bestimmungen in § 2 Nr. 2 und 3 und in den §§ 3 bis 8 der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen vom 22. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. 1951 I S. 69) finden auf Darlehen im Sinne von § 1 entsprechende Anwendung.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 6. August 1951;

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeböhm

**Bekanntmachung**  
**über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland**  
**zum Londoner Abkommen**  
**betreffend Reiseausweise für Flüchtlinge.**

**Vom 19. Juli 1951.**

Die Bundesrepublik Deutschland ist am 21. März 1951 dem in London am 15. Oktober 1946 abgeschlossenen Abkommen betreffend die Ausstellung eines Reiseausweises an Flüchtlinge, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge fallen, beigetreten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es gemäß seinem Artikel 23 seit dem 19. Juni 1951 in Kraft. Das Abkommen wurde von folgenden Staaten unterzeichnet:

Belgien,  
Chile,  
Dominikanische Republik,  
Frankreich,  
Griechenland,  
Indien,  
Luxemburg,  
Niederlande,  
Schweden,  
Schweiz,  
Großbritannien und Nordirland,  
Venezuela.

Der Wortlaut des Abkommens in englischer und französischer Sprache wird nebst einer deutschen Übersetzung nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Juli 1951.

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Hallstein

**Agreement relating to the issue of a travel document to refugees who are the concern of the Intergovernmental Committee on Refugees**

London, 15th October, 1946

**The Contracting Governments,**

Having examined a Resolution adopted by the Intergovernmental Committee on Refugees at its Plenary Session on 17th August, 1944, relating to the establishment of an identity and travel document for refugees who are the concern of the Intergovernmental Committee on Refugees,

Having regard to the international measures perviously taken in the matter of travel documents for certain categories of refugees,

Convinced of the necessity of taking similar measures on behalf of the refugees referred to in the above-mentioned Resolution, with a view, in particular, to facilitating the movement of these refugees,

Considering that the making of arrangements for the emigration of refugees who cannot be absorbed in the countries in which they have taken refuge is an essential part of the work undertaken for the benefit of the said refugees,

Have agreed as follows: —

**Article 1**

1. Subject to the further provisions laid down in Articles 2 and 16, a travel document, in accordance with the provisions of Article 3, shall be issued by the Contracting Governments to refugees who are the concern of the Intergovernmental Committee, provided that the said refugees are stateless or do not in fact enjoy the protection of any Government, that they are staying lawfully in the territory of the Contracting Government concerned, and that they are not benefiting by the provisions regarding the issue of a travel document contained in the Arrangements of 5th July, 1922, 31st May, 1924, 12th May, 1926, 30th June, 1928, 30th July, 1935, or the Convention of 28th October, 1933.(1)

2. The said document will be issued to refugees who apply for it for the purpose of travel outside their country of residence.

**Article 2**

As a transitional measure, the document referred to in Article 1 may, at the discretion of the Government concerned, be issued to refugees who, while fulfilling the other conditions laid down by the present Agreement, are not staying lawfully in the territory of the Contracting Government concerned on the date of the coming into force of the present Agreement, provided that they report themselves to the authorities within a period to be prescribed by the Government concerned and which shall not be less than three months.

**Article 3**

1. The travel document referred to in the present Agreement shall be similar to the attached specimen (see Annex).

(1) "Treaty Series No. 4 (1937)" Cmd 5347.

**Accord concernant la délivrance d'un titre de voyage à des réfugiés relevant de la compétence du Comité intergouvernemental pour les réfugiés**

Les Gouvernements contractants,

Ayant procédé à l'examen d'une résolution adoptée le 17 août 1944 par le Comité intergouvernemental pour les Réfugiés, réuni en session plénière, concernant la création d'un titre d'identité et de voyage en faveur de réfugiés relevant de la compétence du Comité intergouvernemental pour les Réfugiés,

Considérant les mesures internationales antérieurement prises en matière de titres de voyage pour certaines catégories de réfugiés,

Persuadés de la nécessité de prendre des mesures analogues en faveur des réfugiés visés par la résolution susdite, en vue notamment de faciliter les déplacements de ces réfugiés,

Considérant que la préparation de l'émigration des réfugiés qui ne peuvent être établis dans les pays d'asile constitue un élément essentiel de l'oeuvre entreprise au profit desdits réfugiés,

Sont convenus des dispositions qui suivent:

**Article 1er**

1. Sous réserve des dispositions des articles 2 et 16, un titre de voyage, conforme aux dispositions de l'article 3, sera délivré par les Gouvernements contractants aux réfugiés qui relèvent de la compétence du Comité intergouvernemental, à condition toutefois que lesdits réfugiés soient apatrides ou ne jouissent en fait de la protection d'aucun gouvernement, qu'ils séjournent régulièrement sur le territoire du Gouvernement contractant intéressé, et qu'ils ne soient pas admis au bénéfice des dispositions, relatives à la délivrance d'un titre de voyage, contenues dans les arrangements du 5 juillet 1922, 31 mai 1924, 12 mai 1926, 30 juin 1928, 30 juillet 1935, ou dans la Convention du 28 octobre 1933.

2. Ce titre sera délivré aux réfugiés qui en font la demande aux fins de voyage hors du pays de leur résidence.

**Article 2**

A titre transitoire, le document visé à l'article 1er pourra, si le Gouvernement intéressé le juge bon, être délivré aux réfugiés qui répondant par ailleurs aux autres conditions posées par le présent Accord, ne séjournent pas régulièrement sur le territoire du Gouvernement contractant intéressé à la date de la mise en vigueur du présent Accord, s'ils se font connaître dans un délai à déterminer par le Gouvernement intéressé et qui ne devra pas être inférieur à trois mois.

**Article 3**

1. Le titre de voyage visé par le présent Accord sera conforme au modèle ci-joint (voir Annexe).

(Übersetzung)

**Abkommen betreffend die Ausstellung eines Reiseausweises an Flüchtlinge, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge fallen.**

Die Vertragsschließenden Regierungen sind

nach Überprüfung einer vom zwischenstaatlichen Ausschuss für Flüchtlingsfragen in seiner Plenarsitzung vom 17. August 1944 angenommenen Entscheidung betreffend die Schaffung eines Personal- und Reiseausweises für Flüchtlinge, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge fallen;

unter Berücksichtigung der bereits früher getroffenen internationalen Maßnahmen in bezug auf Reiseausweise für gewisse Flüchtlingskategorien;

in der Überzeugung, daß entsprechende Maßnahmen zu Gunsten der in der genannten Entscheidung vorgesehenen Flüchtlinge, insbesondere im Hinblick auf Reiseerleichterungen für diese Flüchtlinge notwendig sind;

in der Erwägung, daß die Vorbereitung der Auswanderung von Flüchtlingen, die in den Zufluchtsländern nicht untergebracht werden können, einen wesentlichen Faktor der zu Gunsten der genannten Flüchtlinge unternommenen Arbeit darstellt,

über die folgenden Bestimmungen übereingekommen:

**Artikel 1**

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2 und 16 wird im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 3 von den Vertragsschließenden Regierungen Flüchtlingen, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses fallen, ein Reiseausweis ausgestellt, jedoch unter der Bedingung, daß die genannten Flüchtlinge staatenlos sind oder nicht den Schutz irgend einer Regierung genießen, daß sie sich rechtmäßig auf dem Gebiet der beteiligten Vertragsschließenden Regierungen aufhalten, und daß sie an den Vergünstigungen der in den Vereinbarungen vom 5. Juli 1922, 31. Mai 1924, 12. Mai 1926, 30. Juni 1928, 30. Juli 1935 oder in der Konvention vom 28. Oktober 1933 enthaltenen Bestimmungen nicht teilnehmen.

2. Dieser Reiseausweis wird Flüchtlingen ausgestellt, die ihn zum Zwecke von Reisen außerhalb ihres Wohnlandes beantragen.

**Artikel 2**

Das in Artikel 1 vorgesehene Dokument kann, wenn die beteiligte Regierung es für richtig hält, vorläufig ausgestellt werden für Flüchtlinge, die zwar den anderen in diesem Abkommen gestellten Bedingungen entsprechen, sich jedoch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens nicht rechtmäßig auf dem Gebiet der beteiligten Vertragsschließenden Regierungen aufhalten, wenn sie dies innerhalb einer von der beteiligten Regierung bestimmten Frist, die nicht unter drei Monaten liegen darf, bekanntgeben.

**Artikel 3**

1. Der in diesem Abkommen vorgesehene Reiseausweis hat dem anliegenden Muster (s. Anlage) zu entsprechen.

2. It shall be made out in at least two languages — French, and the national language or languages of the authority which issues the document.

#### Article 4

Subject to the regulations obtaining in the country of issue, children may be included in the travel document of an adult refugee.

#### Article 5

The fees charged for issue of the travel document shall not exceed the lowest scale of charges for national passports.

#### Article 6

Save in special or exceptional cases, the documents shall be made valid for the largest possible number of countries.

#### Article 7

The document shall have a validity of either one or two years, at the discretion of the issuing authority.

#### Article 8

1. The renewal or extension of the validity of the document is a matter for the authority which issued it, so long as the holder resides lawfully in the territory of the said authority. The issue of a new document is, under the same conditions, a matter for the authority which issued the former document.

2. Diplomatic or consular authorities, specially authorised for the purpose, shall be empowered to extend, for a period not exceeding six months, the validity of travel documents issued by their Governments.

#### Article 9

Each Contracting Government shall recognise the validity of the documents issued in accordance with the provisions of the present Agreement.

#### Article 10

The competent authorities of the country to which the refugee desires to proceed shall, if they are prepared to admit him, affix a visa on the document of which he is the holder.

#### Article 11

The authorities of the territories to which the present Agreement applies undertake to issue transit visas to refugees who have obtained visas for the territory of final destination.

#### Article 12

The fees for the issue of exit, entry or transit visas shall not exceed the lowest scale of charges for visas on foreign passports.

#### Article 13

When a refugee has lawfully taken up residence in another territory to which the present Agreement applies, the power to issue a new travel document will be transferred to the competent authority of that territory to which the refugee shall be entitled to apply.

2. Il sera rédigé en deux langues au moins: langue française et langue(s) nationale(s) de l'autorité qui délivre le titre.

#### Article 4

Sous réserve des règlements du pays de délivrance, les enfants pourront être mentionnés dans le titre de voyage d'un réfugié adulte.

#### Article 5

Les droits à percevoir pour la délivrance du titre de voyage ne dépasseront pas le tarif le plus bas appliqué aux passeports nationaux.

#### Article 6

Sous réserve de cas spéciaux ou exceptionnels, le titre sera délivré pour le plus grand nombre possible de pays.

#### Article 7

La durée de validité du titre sera d'une année ou de deux années, au choix de l'autorité qui le délivre.

#### Article 8

1. Le renouvellement ou la prolongation de validité du titre sont du ressort de l'autorité qui l'a délivré, aussi longtemps que le titulaire réside régulièrement sur le territoire de ladite autorité. L'établissement d'un nouveau titre est, dans les mêmes conditions, du ressort de l'autorité qui a délivré l'ancien titre.

2. Les représentants diplomatiques ou consulaires, spécialement habilités à cet effet, auront qualité pour prolonger, pour une période qui ne dépassera pas six mois, la validité des titres de voyage délivrés par leurs Gouvernements respectifs.

#### Article 9

Tout Gouvernement contractant reconnaitra la validité des titres délivrés conformément aux dispositions du présent Accord.

#### Article 10

Les autorités compétentes du pays dans lequel le réfugié désire se rendre apposeront, si elles sont disposées à l'admettre, un visa sur le titre dont il est détenteur.

#### Article 11

Les autorités des territoires auxquels s'applique le présent Accord s'engagent à délivrer des visas de transit aux réfugiés ayant obtenu le visa du territoire de destination finale.

#### Article 12

Les droits afférents à la délivrance de visas de sortie, d'admission ou de transit ne dépasseront pas le tarif le plus bas appliqué aux visas de passeports étrangers.

#### Article 13

Dans le cas d'un réfugié changeant de résidence et s'établissant régulièrement dans un territoire auquel le présent Accord s'applique, la délivrance d'un nouveau titre sera désormais du ressort de l'autorité compétente dudit territoire, à laquelle le réfugié aura le droit de présenter sa demande.

2. Er ist in mindestens zwei Sprachen abzufassen: in französischer Sprache und in der (den) Landessprache(n) der Behörde, die den Ausweis ausstellt.

#### Artikel 4

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Ausstellungslandes können die Kinder auf dem Reiseausweis eines erwachsenen Flüchtlings aufgeführt werden.

#### Artikel 5

Die für die Ausstellung des Reiseausweises zu erhebenden Gebühren dürfen für die Ausstellung von nationalen Pässen geltenden Mindestsatz nicht überschreiten.

#### Artikel 6

Soweit es sich nicht um besondere oder Ausnahmefälle handelt, wird der Ausweis für die größtmögliche Anzahl von Ländern ausgestellt.

#### Artikel 7

Die Gültigkeitsdauer des Ausweises beträgt je nach Wahl der ausstellenden Behörde ein oder zwei Jahre.

#### Artikel 8

1. Zur Erneuerung oder Verlängerung der Geltungsdauer des Ausweises ist die ausstellende Behörde zuständig, solange der Inhaber rechtmäßig auf dem Gebiet der genannten Behörde wohnhaft ist. Zur Ausstellung eines neuen Ausweises ist unter den gleichen Voraussetzungen die Behörde zuständig, die den früheren Ausweis ausgestellt hat.

2. Diplomatische oder konsularische Vertreter, die zu diesem Zwecke besonders ermächtigt sind, haben das Recht, die Geltungsdauer der von ihnen Regierungen ausgestellten Reiseausweise für eine Zeitdauer, die sechs Monate nicht überschreiten darf, zu verlängern.

#### Artikel 9

Jede Vertragschließende Regierung erkennt die Gültigkeit der im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens ausgestellten Reiseausweise an.

#### Artikel 10

Die zuständigen Behörden des Landes, in welches der Flüchtling sich zu begeben wünscht, bringen, wenn sie zu seiner Zulassung bereit sind, einen Sichtvermerk auf seinem Reiseausweis an.

#### Artikel 11

Die Behörden der Gebiete, auf welche dieses Abkommen Anwendung findet, verpflichten sich, Flüchtlingen, die den Sichtvermerk ihres endgültigen Bestimmungsgebietes erhalten haben, Durchreisichtvermerke auszustellen.

#### Artikel 12

Die Gebühren für die Ausstellung von Ausreise-, Einreise- oder Durchreisichtvermerken dürfen den für Sichtvermerke für ausländische Pässe geltenden Mindestsatz nicht überschreiten.

#### Artikel 13

Wechselt ein Flüchtling seinen Wohnort und läßt er sich rechtmäßig innerhalb eines Gebietes nieder, auf welches das vorliegende Abkommen Anwendung findet, so ist von diesem Zeitpunkt an zur Ausstellung eines neuen Reiseausweises die Behörde des genannten Gebietes zuständig, bei welcher der Flüchtling seinen Antrag zu stellen berechtigt ist.

## Article 14

The authority issuing a new document shall withdraw the old document.

## Article 15

1. The travel document shall entitle the holder to leave the country where it has been issued and during the period of validity of the said document, to return thereto without a visa from the authorities of that country, subject only to those laws and regulations which apply to the bearers of duly visaed passports.

2. The Contracting Governments reserve the right, in exceptional cases, when issuing the document, to limit the period during which the refugees may return, the said period being not less than three months.

## Article 16

1. Subject only to the terms of Article 15, the present provisions in no way affect the laws and regulations governing the conditions of admission to, transit through residence and establishment in, and departure from the territories to which the present Agreement applies.

2. Nor do they affect the special provisions concerning persons coming under the present Agreement in the territories to which it applies.

## Article 17

Neither the issue of the document nor the entries made thereon determine or affect the status of the holder, particularly as regards nationality.

## Artikel 18

The issue of the document does not in any way entitle the holder to the protection of the diplomatic or consular authorities of the country of issue, and does not confer on these authorities a right of protection.

## Article 19

Travel documents issued before the entry into force of the present Agreement to persons benefiting by the provisions of Articles 1 and 2 shall remain valid until they have expired.

## Article 20

In the event of the transfer to any other international organisation of the functions of the Intergovernmental Committee on Refugees, all the provisions in the Agreement relating to the Intergovernmental Committee shall be deemed to apply to the said organisation.

## Article 21

The present Agreement, of which the English and French texts are both authentic, shall bear to-day's date and shall remain open for signature, in London, by the Governments Members of the Intergovernmental Committee, and also by non-member Governments.

## Article 14

L'autorité qui délivre un nouveau titre est tenue de retirer l'ancien titre.

## Article 15

1. Le titre de voyage donnera le droit à son titulaire de sortir du pays de délivrance et d'y rentrer, pendant la période de validité dudit titre, sans visa des autorités de ce pays, sous la seule réserve des lois et règlements applicables aux titulaires de passeports dûment visés.

2. Les Gouvernements contractants se réservent la faculté, dans des cas exceptionnels, de limiter, au moment de la délivrance dudit titre, la période pendant laquelle le réfugié pourra rentrer, ladite période ne devant pas être inférieure à trois mois.

## Article 16

1. Sous la seule réserve des stipulations de l'article 15, les présentes dispositions n'affectent en rien les lois et règlements régissant, dans les territoires auxquels le présent Accord s'applique, les conditions d'admission, de transit, de séjour, d'établissement et de sortie.

2. Elles n'affectent pas non plus les dispositions spéciales relatives aux bénéficiaires du présent Accord dans les territoires auxquels il s'applique.

## Article 17

La délivrance du titre, pas plus que les mentions y apposées, ne déterminent ni n'affectent le statut du détenteur, notamment en ce qui concerne la nationalité.

## Article 18

La délivrance du titre ne donne au détenteur aucun droit à la protection des représentants diplomatiques et consulaires du pays de délivrance et ne confère pas à ces représentants un droit de protection.

## Article 19

Les titres de voyage qui auraient été délivrés aux personnes admises au bénéfice des dispositions des articles 1er et 2, avant la mise en vigueur du présent Accord, demeureront valables jusqu'à expiration de leur validité.

## Article 20

Au cas où les fonctions du Comité intergouvernemental pour les Réfugiés seraient transférées à un autre organisme international, toutes dispositions du présent Accord relatives au Comité intergouvernemental seront considérées comme s'appliquant audit organisme.

## Article 21

Le présent Accord, dont les textes anglais et français font foi l'un et l'autre, portera la date de ce jour et restera ouvert, à Londres, à la signature des Gouvernements membres du Comité intergouvernemental, ainsi que des Gouvernements qui n'en sont pas membres.

## Artikel 14

Die Behörde, die einen neuen Reiseausweis ausstellt, ist verpflichtet, den alten Reiseausweis einzuziehen.

## Artikel 15

1. Der Reiseausweis verleiht seinem Inhaber das Recht, während der Gültigkeitsdauer des Ausweises das Ausstellungsland zu verlassen und wieder dorthin zurückzukehren ohne Sichtvermerk der Behörde dieses Landes, lediglich nach Maßgabe der Gesetze und Verordnungen, die für die Inhaber von entsprechend mit Sichtvermerken versehenen Pässen gelten.

2. Die Vertragschließenden Regierungen behalten sich das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ausstellung des genannten Ausweises den Zeitabschnitt, während dessen der Flüchtling zurückkehren darf zu beschränken; jedoch darf der genannte Zeitabschnitt nicht kürzer als drei Monate sein.

## Artikel 16

1. Unter alleinigem Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 15 berühren die gegenwärtigen Bestimmungen in keinem Falle die Gesetze und Vorschriften, die in den Gebieten, auf welche dieses Abkommen Anwendung findet, die Voraussetzungen für die Zulassung, Durchreise, den Aufenthalt, die Niederlassung und die Ausreise regeln.

2. Sie berühren ferner keine der Sonderbestimmungen für Personen, denen dieses Abkommen zustatten kommt, innerhalb der Gebiete, auf welche es Anwendung findet.

## Artikel 17

Die Ausstellung des Ausweises und die darin angebrachten Vermerke bestimmen und berühren nicht den Status des Inhabers, insbesondere nicht seine Staatsangehörigkeit.

## Artikel 18

Die Ausstellung des Ausweises verleiht dem Inhaber kein Recht auf den Schutz durch diplomatische und konsularische Vertreter des Ausstellungslandes und überträgt auf dessen Vertreter nicht das Recht, diesen Schutz zu übernehmen.

## Artikel 19

Die Reiseausweise, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens an Personen, die unter die Bestimmungen der Artikel 1 und 2 fallen, ausgestellt werden, bleiben bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit in Kraft.

## Artikel 20

Falls die Funktionen des zwischenstaatlichen Ausschusses für Flüchtlingsfragen einer anderen internationalen Organisation übertragen werden sollten, gelten alle auf den zwischenstaatlichen Ausschuss bezüglichen Bestimmungen als auf die genannte Organisation anwendbar.

## Artikel 21

Dieses Abkommen, dessen englischer und französischer Wortlaut maßgebend sind, trägt das Datum dieses Tages und liegt in London für die Mitgliedsregierungen des zwischenstaatlichen Ausschusses sowie für Regierungen, die nicht Mitglieder sind, zur Unterzeichnung offen.

## Article 22

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland is designated as the authority to give notice of each signature and the date thereof to all Governments Members of the Intergovernmental Committee and to any non-member Governments whose signature has been appended.

## Article 23

1. The present Agreement shall come into force ninety days after it has been signed on behalf of six Governments.<sup>(2)</sup>

2. In respect of each of the Governments on whose behalf a signature is subsequently deposited, the present Agreement shall come into force ninety days after the date of such deposit.

## Article 24

1. The present Agreement may be denounced by any one of the Contracting Governments after the expiry of a period of one year as from the date on which it came into force, by written notification addressed to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, who shall inform all Governments referred to in Article 22 of each notification, specifying the date of its receipt.

2. The denunciation shall come into effect six months after the date of the receipt of the notification by the Government of the United Kingdom.

## Article 25

1. Any Contracting Government may at any time after the coming into force of this Agreement in accordance with Article 23, declare in writing to the Government of the United Kingdom that the Agreement applies to all or any of its colonies, overseas territories, protectorates and territories under mandate or trusteeship, and the Agreement shall apply to the territory or territories named in the declaration from the date thereof.

2. The participation of any territory to which the Agreement has been applied under the preceding paragraph may be terminated by a notification in writing addressed to the Government of the United Kingdom, and the Agreement shall cease to apply to the territory or territories named in the notification six months after the date of the receipt thereof.

3. The Government of the United Kingdom shall inform the Governments referred to in Article 22 of all declarations received under paragraph 1 of this Article and all notifications received under paragraph 2, and of the date on which such declarations or notifications take effect.

In faith whereof the undersigned have affixed, in the name of their respective Governments their signatures to the present Agreement.

Done in London, the fifteenth day of October, one thousand nine hundred and forty-six, in French and English, in a single copy, which shall remain deposited

<sup>(2)</sup> The Agreement came into force on 13th January, 1947.

## Article 22

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et Irlande du Nord est désigné comme autorité chargée de notifier toute signature reçue, en en spécifiant la date de réception, à tous les Gouvernements membres du Comité intergouvernemental et à tous les Gouvernements non membres qui auront signé le présent Accord.

## Article 23

1. Le présent Accord entrera en vigueur quatre-vingt-dix jours après qu'il aura été signé par six Gouvernements.

2. A l'égard de chacun des Gouvernements au nom desquels une signature sera ultérieurement déposée, le présent Accord entrera en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date de ce dépôt.

## Article 24

1. Le présent Accord pourra être dénoncé par l'un quelconque des Gouvernements contractants après l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date de son entrée en vigueur par voie de notification écrite, adressée au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et Irlande du Nord, qui informera tous les Gouvernements visés à l'article 22 de chaque notification, en en spécifiant la date de réception.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date à laquelle elle aura été reçue par le Gouvernement du Royaume-Uni.

## Article 25

1. Tout Gouvernement contractant pourra à tout moment, après l'entrée en vigueur du présent Accord conformément à l'article 23, déclarer par écrit au Gouvernement du Royaume-Uni que l'Accord s'applique à tout ou partie de ses colonies, territoires d'outre-mer, protectorats, territoires sous mandat ou en tutelle, et l'Accord sera applicable, à dater de cette déclaration, au territoire ou territoires qu'elle vise.

2. La participation de tout territoire auquel l'Accord se sera appliqué en vertu du précédent paragraphe pourra prendre fin par notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume-Uni, et l'Accord cessera d'être applicable au territoire ou territoires que vise la notification six mois après la date de réception de ladite notification.

3. Le Gouvernement du Royaume-Uni informera les Gouvernements visés à l'article 22 de toutes déclarations reçues en application du paragraphe 1 du présent article et de toutes notifications reçues en application du paragraphe 2, ainsi que de la date à laquelle ces déclarations ou notifications entreront en vigueur.

En foi de quoi les soussignés ont apposé, au nom de leurs Gouvernements respectifs, leur signature au présent Accord.

Fait à Londres, le quinze octobre mil neuf cent quarante-six, en anglais et en français, en un seul exemplaire, qui sera déposé dans les archives du Gouverne-

## Artikel 22

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wird damit beauftragt, alle Mitgliedsregierungen des zwischenstaatlichen Ausschusses und alle Regierungen, die das vorliegende Abkommen unterzeichnet haben, jedoch keine Mitglieder sind, von jeder Unterzeichnung unter Angabe des Datums in Kenntnis zu setzen.

## Artikel 23

1. Dieses Abkommen tritt neunzig Tage nach Unterzeichnung durch sechs Regierungen in Kraft.

2. In bezug auf jede Regierung, in deren Namen in der Folge eine Unterschrift geleistet wird, tritt das vorliegende Abkommen neunzig Tage nach dem Unterzeichnungsdatum in Kraft.

## Artikel 24

1. Dieses Abkommen kann von jeder der Vertragschließenden Regierungen nach Ablauf eines Zeitraums von einem Jahr, vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet, durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gerichtete schriftliche Mitteilung gekündigt werden; diese unterrichtet alle in Artikel 22 vorgesehenen Regierungen von jeder Mitteilung unter Angabe des Eingangsdatums.

2. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang bei der Regierung des Vereinigten Königreichs wirksam.

## Artikel 25

1. Jede Vertragschließende Regierung kann nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens im Einklang mit Artikel 23 der Regierung des Vereinigten Königreichs schriftlich erklären, daß sich das Abkommen auf ihre gesamten Kolonien, überseeischen Gebiete, Protectorate, Mandats- oder Treuhandgebiete oder Teile von diesen bezieht, und das Abkommen ist vom Zeitpunkt dieser Erklärung an auf das Gebiet oder die Gebiete, welche darin vorgesehen sind, anwendbar.

2. Die Teilnahme jedes Gebiets, auf welches das Abkommen auf Grund der vorstehenden Ziffer Anwendung findet, kann durch eine an die Regierung des Vereinigten Königreichs gerichtete schriftliche Mitteilung beendet werden, und das Abkommen verliert dann sechs Monate nach Eingang der genannten Mitteilung seine Gültigkeit für die in der Mitteilung genannten Gebiete.

3. Die Regierung des Vereinigten Königreichs unterrichtet die in Artikel 22 vorgesehenen Regierungen von allen nach Ziffer 1 des vorliegenden Artikels eingegangenen Erklärungen sowie von allen nach Ziffer 2 eingegangenen Mitteilungen sowie von dem Zeitpunkt, in welchem diese Erklärungen oder Mitteilungen in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten namens ihrer Regierungen ihre Unterschrift unter das vorliegende Abkommen gesetzt.

Geschehen zu London, den 15. Oktober neunzehnhundertsechundvierzig in englischer und französischer Sprache in einem einzigen Exemplar, welches in

in the archives of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and certified true copies of which shall be transmitted to all Governments referred to in Article 22.

ment du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et Irlande du Nord, et dont les copies certifiées conformes seront remises à tous les Gouvernements visés à l'article 22.

den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hinterlegt wird, und von welchem an alle in Artikel 22 vorgesehenen Regierungen beglaubigte Abschriften übermittelt werden.

Argentine:  
FELIPE A. ESPIL.  
This signature is ad referendum.

Argentine:  
FELIPE A. ESPIL.  
This signature is ad referendum.

Argentinien:  
FELIPE A. ESPIL.  
Diese Unterschrift ist ad referendum.

Australia:

Australie:

Australien:

Belgium:  
A. HERMENT.

Belgique:  
A. HERMENT.

Belgien:  
A. HERMENT.

Brazil:  
MONIZ DE ARAGAO.  
(Ad referendum.)

Brésil:  
MONIZ DE ARAGAO.  
(Ad referendum.)

Brasilien:  
MONIZ DE ARAGAO.  
(Ad referendum.)

Chile:  
MANUEL BIANCHI.

Chili:  
MANUEL BIANCHI.

Chile:  
MANUEL BIANCHI.

Dominican Republic:  
A. PASTORIZA.

République Dominicaine:  
A. PASTORIZA.

Dominikanische Republik:  
A PASTORIZA.

Ecuador:  
HOMERO VITERI LAFRONTE.  
(Ad referendum.)

Équateur:  
HOMERO VITERI LAFRONTE.  
(Ad referendum.)

Ecuador:  
HOMERO VITERI LAFRONTE.  
(Ad referendum.)

France:  
M. BAUDOUY.

France  
M. BAUDOUY.

Frankreich:  
M. BAUDOUY.

Greece:  
EMANUEL MANGLIS.

Grèce:  
EMANUEL MANGLIS.

Griechenland:  
EMANUEL MANGLIS.

India:  
S. RUNGANADHAN.

Inde:  
S. RUNGANADHAN.

Indien:  
S RUNGANADHAN.

Luxembourg:  
A. J. CLASEN.

Luxembourg:  
A. J. CLASEN.

Luxemburg:  
A. J. CLASEN.

Netherlands:  
J. F. BOER.

Pays-Bas:  
J. F. BOER.

Niederlande:  
J. F. BOER.

Sweden:  
J. SETTERWALL.

Suède:  
J. SETTERWALL.

Schweden:  
J. SETTERWALL.

Switzerland:  
O. SCHURCH.  
A. FISCHLI.

Suisse:  
O. SCHURCH.  
A. FISCHLI.

Schweiz:  
O. SCHURCH.  
A. FISCHLI.

United Kingdom of Great Britain  
and Northern Ireland:  
C. D. CAREW ROBINSON.

Royaume-Uni de Grande-Bretagne  
et Irlande du Nord:  
C. D. CAREW ROBINSON.

Vereinigtes Königreich von Groß-  
britannien und Nordirland:  
C. D. CAREW ROBINSON.

Venezuela:  
A. RODRIGUEZ AZPURUA.

Venezuela:  
A. RODRIGUEZ AZPURUA.

Venezuela:  
A RODRIGUEZ AZPURUA.

**Annex**  
**Specimen Travel Document**

The document will be in booklet form (approximately 15 cm. X 10 cm.).  
It is recommended that it be so printed that any erasure or alteration by chemical or other means can be readily detected, and that the words "Agreement of 15th October, 1946" be printed in continuous repetition on each page, in the language of the issuing country.

(Cover of booklet)  
TRAVEL DOCUMENT  
(Agreement of 15th October 1946)

No. ....

(1)

TRAVEL DOCUMENT  
(Agreement of 15th October, 1946)

This document expires on ..... unless its validity is extended or renewed.

Name .....

Forename(s) .....

Accompanied by ..... child (children).

1. The holder of this document is the concern of the Intergovernmental Committee on Refugees.
2. This document is issued solely with a view to providing the holder with a travel document which can serve in lieu of a national passport. It is without prejudice to and in no way affects the holder's nationality.
3. The holder is authorised to return to .....  
(State here the country whose authorities are issuing the document) on or before .....  
unless some later date is hereafter specified. (The period during which the holder is allowed to return must not be less than three months.)
4. Should the holder take up residence in a country other than that which issued the present document, he must, if he wishes to travel again, apply to the competent authorities of his country of residence for a new document.  
(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(2)

Place and date of birth .....

Occupation .....

Present residence .....

\*Maiden name and forename(s) of wife.....

\*Name and forename(s) of husband.....

**Description**

Height .....

Hair .....

Colour of eyes .....

Nose.....

Shape of face.....

Complexion .....

Special peculiarities .....

**Children Accompanying Holder**

Name.	Forename(s).	Place and date of birth.	Sex.
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

\* Strike out whichever does not apply.  
(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(3)

Photograph of Holder and Stamp of Issuing Authority  
Finger-prints of Holder  
(if required)

Signature of Holder.....

(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(4)

1. This document is valid for the following countries: —

.....  
.....

2. Document or documents on the basis of which the present document is issued:

.....  
.....

Issued at .....

Date .....

Fee paid:

Signature and stamp of authority issuing the document:

(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(5)

Extension or Renewal of Validity

Fee paid:

From .....

To .....

Done at .....

Date .....

Signature and stamp of authority extending or renewing the  
validity of the document:

Extension or Renewal of Validity

Fee paid:

From .....

To .....

Done at .....

Date .....

Signature and stamp of authority extending or renewing the  
validity of the document:

(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(6)

Extension or Renewal of Validity

Fee paid:

From .....

To .....

Done at .....

Date .....

Signature and stamp of authority extending or renewing the  
validity of the document:

Extension or Renewal of Validity

Fee paid:

From .....

To .....

Done at .....

Date .....

Signature and stamp of authority extending or renewing the  
validity of the document:

(This document contains 32 pages, exclusive of cover.)

(7—32)

Visas

The name of the holder of the document must be repeated in each visa.

Annexe

Modèle du titre de voyage

Le titre aura la forme d'un carnet (15 cm. X 10 cm. environ).

Il est recommandé qu'il soit imprimé de telle façon que les ratures ou altérations par des moyens chimiques ou autres puissent se remarquer facilement, et que les mots "Accord du 15 octobre 1946" soient imprimés en répétition continue sur chacune des pages, dans la langue du pays qui délivre le titre.

(Couverture du carnet)

TITRE DE VOYAGE

(Accord du 15 octobre 1946)

No.....

(1)

TITRE DE VOYAGE

(Accord du 15 octobre 1946)

Ce document expire le..... sauf prorogation de validité.

Nom .....

Prénom(s) .....

Accompagné de..... enfant(s).

1. Le détenteur du présent titre relève de la compétence du Comité intergouvernemental pour les Réfugiés.

2. Ce titre est délivré uniquement en vue de fournir au titulaire un document de voyage pouvant tenir lieu de passeport national. Il ne préjuge pas de la nationalité du titulaire et est sans effet sur celle-ci.

3. Le titulaire est autorisé à retourner en..... (indication du pays dont les autorités délivrent le titre) jusqu'au..... (indication du pays dont les autorités délivrent le titre) jusqu'au..... sauf mention ci-après d'une date ultérieure. (La période pendant laquelle le titulaire est autorisé à retourner ne doit pas être inférieure à trois mois.)

4. En cas d'établissement dans un autre pays que celui où le présent titre a été délivré, le titulaire doit, s'il veut se déplacer à nouveau, faire la demande d'un nouveau titre aux autorités compétentes du pays de sa résidence.

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(2)

Lieu et date de naissance.....

Profession .....

Résidence actuelle .....

\* Nom (avant le mariage) et prénom(s) de l'épouse.....

\* Nom et prénom(s) du mari.....

Signalement

Taille .....

Cheveux .....

Couleur des yeux .....

Nez .....

Forme du visage.....

Teint .....

Signes particuliers .....

Enfants accompagnant le titulaire

Nom.

Prénom(s).

Lieu et date de naissance.

Sexe.

Table with 4 columns: Nom., Prénom(s), Lieu et date de naissance, Sexe. Multiple rows of dotted lines for data entry.

\* Biffer la mention inutile.

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(3)

Photographie du Titulaire et Cachet de l'Autorité qui délivre le Titre

Empreintes digitales du Titulaire (facultatif)

Signature du titulaire .....

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(4)

1. Ce titre est délivré pour les pays suivants:

.....  
.....  
.....

2. Document ou documents sur la base duquel ou desquels le présent titre est délivré:

.....  
.....  
.....

Délivré à .....

Date .....

Signature et cachet de l'autorité qui a délivré le titre:

Taxe perçue:

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(5)

Prorogation de validité

Taxe perçue: du .....

au .....

Fait à ..... le .....

Signature et cachet de l'autorité qui proroge la validité du titre:

Prorogation de validité

Taxe perçue: du .....

au .....

Fait à ..... le .....

Signature et cachet de l'autorité qui proroge la validité du titre:

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(6)

Prorogation de validité

Taxe perçue: du .....

au .....

Fait à ..... le .....

Signature et cachet de l'autorité qui proroge la validité du titre:

Prorogation de validité

Taxe perçue: du .....

au .....

Fait à ..... le .....

Signature et cachet de l'autorité qui proroge la validité du titre:

(Ce titre contient 32 pages, non compris la couverture.)

(7—32)

Visas

Reproduire dans chaque visa le nom du titulaire

Anlage

Muster des Reiseausweises

Der Reiseausweis hat die Form eines Heftes (etwa 15x10 cm). Es wird empfohlen, den Reiseausweis so zu bedrucken, daß Rasuren oder Veränderungen durch chemische oder andere Mittel leicht zu erkennen sind und daß die Worte „Abkommen vom 15. Oktober 1946“ in fortlaufender Wiederholung auf jede Seite in der Sprache des ausstellenden Landes gedruckt werden.

(Heftumschlag)

REISEAUSWEIS

(Abkommen vom 15. Oktober 1946)

Nr. ....

(1)

REISEAUSWEIS

(Abkommen vom 15. Oktober 1946)

Dieser Ausweis wird ungültig am ....., wenn er nicht verlängert wird.

Familienname .....

Vorname .....

Begleitet von ..... Kind (Kindern).

1. Der Inhaber dieses Ausweises fällt unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge.

2. Dieser Ausweis wird lediglich zu dem Zweck ausgestellt, dem Inhaber als Reiseausweis an Stelle eines nationalen Reisepasses zu dienen. Er stellt keine Entscheidung über die Staatsangehörigkeit des Inhabers dar und berührt diese nicht.

3. Es ist dem Inhaber gestattet, nach ..... (Angabe des Landes, dessen Behörde den Ausweis ausstellt) bis zum ..... zurückzukehren, es sei denn, daß nachstehend ein späterer Zeitpunkt genannt ist. (Der Zeitraum, innerhalb dessen es dem Inhaber gestattet ist, zurückzukehren, darf nicht weniger als 3 Monate betragen).

4. Läßt sich der Inhaber in einem anderen Land als demjenigen nieder, das diesen Reiseausweis ausgestellt hat, so hat der Inhaber, wenn er eine neue Reise antreten will, bei den zuständigen Behörden des Wohnlandes die Ausstellung eines neuen Reiseausweises zu beantragen.

(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(2)

Geburtsort und -datum .....

Beruf .....

Gegenwärtiger Wohnort .....

Mädchenname und Vorname(n) der Ehefrau .....

Familienname und Vorname(n) des Ehemannes .....

Beschreibung

Größe .....

Haarfarbe .....

Farbe der Augen .....

Nase .....

Gesichtsform .....

Hautfarbe .....

Besondere Kennzeichen .....

Kinder, die den Inhaber des Ausweises begleiten

Familienname	Vorname(n)	Geburtsort und -datum	Geschlecht
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

Nichtzutreffendes ist zu streichen  
(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(3)

Lichtbild des Inhabers und Stempel der ausstellenden Behörde  
Fingerabdrücke des Inhabers  
(falls erforderlich)

Unterschrift des Inhabers .....  
(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(4)

1. Dieser Ausweis gilt für folgende Länder:

.....  
.....  
.....

2. Urkunde oder Urkunden, auf Grund deren dieser Ausweis ausgestellt wird:

.....  
.....  
.....

Ausgestellt in .....  
am .....

Unterschrift und Stempel der diesen Ausweis ausstellenden  
Behörde

Gebühr bezahlt: .....  
(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(5)

Verlängerung oder Erneuerung der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: ..... Vom .....  
Geschehen zu ..... Bis .....  
Zeitpunkt .....

Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Gültigkeit des  
Ausweises verlängert oder erneuert:

Verlängerung oder Erneuerung der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: ..... Vom .....  
Geschehen zu ..... Bis .....  
Zeitpunkt .....

Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Gültigkeit des  
Ausweises verlängert oder erneuert:

(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(6)

Verlängerung oder Erneuerung der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: ..... Vom .....  
Geschehen zu ..... Bis .....  
Zeitpunkt .....

Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Gültigkeit des  
Ausweises verlängert oder erneuert:

Verlängerung oder Erneuerung der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: ..... Vom .....  
Geschehen zu ..... Bis .....  
Zeitpunkt .....

Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Gültigkeit des  
Ausweises verlängert oder erneuert:

(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

(7 — 32)

Sichtvermerke

Der Name des Inhabers des Ausweises muß auf jedem Sichtvermerk wiederholt werden.  
(Dieser Ausweis enthält 32 Seiten ohne Umschlag)

# Deutsches Handelsarchiv

Sammlung von Handelsabkommen, Zolltarifen u sonstigen  
Vorschriften über den zwischenstaatlichen Handelsverkehr

Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft

Erscheint monatlich — Bezugspreis vierteljährl. DM 70.—

**VERLAG DES BUNDESANZEIGERS, KÖLN/Rh. 1**

Postfach

## BUNDESGESETZBLATT Jahrgänge 1949 und 1950

(in einem Band gebunden, Halbleinen, Rücken mit Goldschrift)

zum Preise von 25,- DM (zuzüglich 1,- DM Porto- und Verpackungsspesen)

Zu beziehen vom

**VERLAG DES BUNDESANZEIGERS**

Köln/Rh. 1, Postfach, Postscheckkonto Bundesanzeiger Köln 834 00